

BREMER BEITRÄGE Nr.1

Juso-Strategiediskussion: Ende der Spaltung?

von Edgar Einemann

Herausgeber:
UB-Vorstand der
Juso Bremen-Ost



Jungsozialisten in der SPD

I. Unterschiedliche Positionen zur Strategie 1971

1. Die Reformisten
2. Die Antirevisionisten
3. Die Stamokaps

II. Der Wandel der Positionen bis 1978

- ist die Überwindung der Spaltung der Jungsozialisten möglich?

1. Die Reformsozialisten
2. Der Göttinger Kreis
Exkurs: Die Haltung der Jusos aus München
3. Die Stamokaps

III. Zusammenfassung:

Kernpunkte einer Positionsbestimmung

Anmerkungen

Literaturhinweise

V o r w o r t

Der Unterbezirksvorstand der Jungsozialisten im Unterbezirk Bremen-Ost veröffentlicht diese Broschüre von Edgar Einemann, damit die neueren Genossinnen und Genossen die Möglichkeit bekommen, sich über die Theorieauseinandersetzungen der letzten Jahre bei den Jungsozialisten zu informieren. Sie kann darüber hinaus all denen einen Einblick in die Probleme einer sozialistischen Strategieformulierung geben, die diesen Diskussionen bisher eher fern gestanden haben.

Wir halten den folgenden Text für die Schulungsarbeit insbesondere der Jungsozialisten für gut geeignet. Die Konflikte zwischen den Jusofraktionen werden prägnant aufgezeigt und die wesentlichen Streitpunkte der letzten Jahre (z. B. Systemgrenze, Bündnisfragen, Verhältnis zur SPD usw.) erwähnt und im Ansatz aufgearbeitet.

Die folgende Broschüre kann auch dazu beitragen, anstelle alter Kontroversen weiterführende solidarische Theoriediskussionen einzuleiten. Dabei kann von den Thesen am Schluß des Textes ausgegangen werden, die auch die Lücken der bisherigen analytischen und strategischen Arbeit von Sozialisten benennen.

Der UB-Vorstand hofft mit der Veröffentlichung dieser Arbeit einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Jungsozialisten zu leisten.

gez. Klaus Bindert

Jungsozialisten - Strategiediskussion: Ende der Spaltung?

Der folgende Beitrag zur 'Theoriegeschichte' der Jungsozialisten will zunächst die sich in der Strategiediskussion herausbildenden theoretischen Differenzen der unterschiedlichen Juso-Gruppen bis zum Strategiekongreß 1971 herausarbeiten (I). Danach werden die Veränderungen der einzelnen Positionen anhand der neuesten Papiere und Bundeskongreßanträge von 1978 dargestellt (II). Die sich schon im zweiten Teil andeutenden zunehmenden Gemeinsamkeiten in den Auffassungen der Juso-Fraktionen sollen im abschließenden Teil (III) in Thesenform zusammengefaßt werden, die eine Grundlage sowohl für klärende wie auch für weiterführende theoretische Überlegungen sein könnten, denen sich wegen der vorhandenen analytischen und strategischen 'Lücken' alle Jungsozialisten verstärkt zuwenden müßten.

Ausgangspunkt der Juso-Strategiediskussion war der vor allem von Karsten Voigt formulierte Ansatz, der auf ‚antikapitalistische Strukturreformen‘ zielt und diese mit einer ‚Doppelstrategie‘ von inner- und außerinstitutioneller Arbeit durchsetzen will (1).

Diese strategischen Bestimmungen ließen aber zwei zentrale Fragen offen, die später immer wieder zum Gegenstand von Konflikten innerhalb der Juso-Organisation wurden: die Fragen nach der Rolle und den Grenzen des Staates bei einer antikapitalistischen Politik sowie der Rolle und den Grenzen der SPD in einem Prozeß der Gesellschaftsveränderung hin zum Sozialismus. Demgegenüber haben immer alle Juso-Gruppen die große Bedeutung von 'Basisarbeit' betont - die gegenseitigen Vorwürfe in Bezug auf ihre Vernachlässigung waren allseitig berechtigt; kontrovers wurde dieser Punkt nur im Zusammenhang mit dem Vorwurf diskutiert, die Parteiarbeit über zu betonen und deren Grenzen nicht zu sehen. Die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen bei den Jungsozialisten wurden zum ersten mal bei der Diskussion eines umfassenden strategischen Ansatzes der Organisation auf einem außerordentlichen Bundeskongreß 1971 deutlich. Schon im Vorfeld des Kongresses gab es umfangreiche Papier und harte Kontroversen, die sich z. T. in den Kongreßbeschlüssen (Thesen mit unterschiedlichen Intentionen) niedergeschlagen haben.

I. Unterschiedliche Positionen zur Strategie 1971

1. Die Reformisten

Der Bezirk Hessen-Süd ('Reformisten', der profilierteste den Bundesvorstand und Karsten Voigt tragende Bezirk) analysierte den Zusammenhang von Wirtschaftsstruktur und staatlicher Politik sehr scharfsinnig: "Unter kapitalistischen Bedingungen sind politische Entscheidungen vor allem durch drei Mechanismen an die am Grad der Investitionsneigung ablesbare Zustimmung des Kapitals gebunden: a) die im engeren Sinne wirtschaftliche Behebung einer Krise kann nur mit den, nicht gegen die Unternehmer erfolgen, b) unternehmerfeindliche Programme auf anderen Gebieten würden die dem Kapitalismus immanenten Krisentendenzen, für deren erfolgreiche Eindämmung die Regierung von Wählern haftbar gemacht wird, nur noch verstärken; c) Krisen bedeuten zugleich auch einen Rückgang der öffentlichen Einnahmen bzw. der Möglichkeiten öffentlicher Ausgabenpolitik... Wirtschafts- und Konjunkturpolitik im Kapitalismus ist, auf eine kurze Formel gebracht, die Anwendung aller geeigneten Mittel zur Herstellung von Vertrauen des Kapitals in künftige Gewinnchancen und in die Systemkonformität der amtierenden Regierung. Politische Programme, die einen krisenträchtigen ‚Vertrauensschwund‘ bewirken könnten, sind 'unrealistisch', weil ihre bloße Ankündigung zu Entwicklungen führt, die dann die Erhaltung von Stabilität und Wachstum als gegenüber allen anderen Plänen vordringlich erscheinen lassen. Angesichts der immanenten Krisentendenzen des Kapitalismus ist staatliche Wirtschaftspolitik hinreichend mit der Realisierung der bloßen Verwertungsbedingungen ausgelastet; ihre Beschränkung auf diese Aufgabe kann notfalls durch Vertrauensentzug, d. h. durch die Entwicklung eines ökonomischen Ungleichgewichts, wiederhergestellt werden." (2) Die Autoren entwickelten aber bei der Strategiebestimmung ein (widersprüchliches) Vertrauen in eine systemüberwindende Wirtschaftspolitik auf der Grundlage des kapitalistischen Funktionierens der Wirtschaft. Kritische Diskussionen führten teilweise zu einer Positionsverschiebung in der Kongreßvorbereitung:

- In einem Artikel im JUSO 11/12 1971 hieß es noch-"Um eine öffentliche Kontrolle der Investitionspolitik zu ermöglichen, muß die Verstaatlichung des Kreditwesens gefordert werden. Ohne die Verstaatlichung des Kreditwesens ist eine gezielte Investitionspolitik, die allein eine dauerhafte Vorkehrung gegen die Strukturkrisen schaffen kann, unmöglich."(3)

In der später beschlossenen Kongreßvorlage wurde dieser Glaube an das Ende kapitalistischer Strukturkrisen ohne Eingriffe in den Produktionsprozeß relativiert: "Eine öffentliche Kontrolle des Kreditwesens ist freilich nicht als eine Teilverwirklichung des Sozialismus aufzufassen, sondern erhält ihren strategischen Stellenwert vor allem dadurch,

daß auf der Grundlage dieser Forderung eine Problematisierung des Privateigentums möglich ist." (4)

- Im kurz vor dem Kongreß vom Bundesvorstand neu gefaßten und später beschlossenen Entwurf zur betrieblichen Strategie wurde einerseits die Durchsetzung einer differenzierten Globalsteuerung und eine demokratische Kontrolle der Investitionen angestrebt und andererseits auf die Unmöglichkeit des Erfolgs und der 'Machbarkeit' im Kapitalismus hingewiesen: "Ebenso notwendig ist die Mobilisierung für Ziele wie Durchsetzung einer differenzierten Globalsteuerung der Wirtschaft in Richtung auf eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftsplanung über eine Kontrolle der Investitionen und eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien sowie des Banken- und Kreditwesens, um den Übergang zum Sozialismus einzuleiten." (5)

„Die Mobilisierung der organisierten und nicht organisierten Lohnabhängigen für die im Kapitalismus nicht zu verwirklichenden gesellschaftspolitischen Ziele wie Kontrolle der Investitionsentscheidungen der Unternehmer, differenzierte Globalsteuerung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie sowie der Kreditinstitute ist die Voraussetzung für eine mögliche Veränderung der Politik der Regierungspartei SPD." (6)

Dreh- und Angelpunkt des sozialistischen Ansatzes der 'Reformisten' war die Arbeit in der SPD: 'Die sozialistischen Kräfte in der SPD müssen gestärkt werden, damit sie von einer Minderheit zur Mehrheit werden können'(7). "Die SPD wird in dem Maße handlungsfähig gegenüber dem Kapital, indem sie bedeutende Wählermassen hinter sich weiß für eine Politik antikapitalistischer Strukturereformen. Nur der Druck mobilisierter und bewußter Massen kann sie dazu zwingen und damit die politischen Kräfteverhältnisse nach links verschieben." (8)

Zusammenfassend kann man sagen, daß die 'Reformisten' die Fragen nach der Rolle des Staates und der SPD in einem sozialistischen Veränderungsprozeß sehen

- als die Aufgabe, noch auf kapitalistischer Basis eine 'sozialistische' Wirtschaftspolitik zu betreiben, deren Machbarkeit jedoch selbst bezweifelt wird. Der Staat wurde als in strukturelle Systemzwänge eingebundene prokapitalistische Instanz gesehen, auf die aber auch die Arbeiterbewegung Einflüsse ausüben kann
- als Partei, in der es auf die Machtübernahme durch den sozialistischen Flügel hinzuarbeiten gilt - Motto: 'Wir sind die SPD der achtziger Jahre'.

2. Die Antirevisionisten

Nicht die Analyse, sondern die strategischen Konsequenzen der 'Reformisten' wurden vom Bezirk Hannover ('Antirevisionisten') als illusionär und reformistisch kritisiert:

"Auch wenn staatliche Eingriffe in das Profitinteresse im Einklang mit politisch mobilisierten Massen geschehen, können Krisen nicht vermieden werden. Strategisch richtig wäre der Schluß, daß die Krise im Falle erfolgreicher Mobilisierung der Lohnabhängigen und Sozialisten machtpolitisch die Möglichkeit böte, die Transformation des gesellschaftlichen Systems zu erzwingen. Obwohl die eigene Analyse diesen Schluß geradezu logisch erzwingt, entwickeln die 'Strategie-Thesen' nicht das Konzept einer sozialistischen Lösung der Krise, sondern formulieren ein Programm von Reformen, die einerseits nicht entschieden genug sind, das kapitalistische System grundlegend umzugestalten, andererseits aber auch nicht geeignet sind, im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse die Krise zu lösen.

Die 'Thesen' geben deshalb auf das zentrale Problem einer sozialistischen Strategie keine realistische Antwort: Sie klammern die 'Machtfrage' aus. Wie soll die Krise als Veto des Kapitals, die als Folge der in den Thesen entwickelten Praxis unvermeidbar ist, im Sinne sozialistischer Ziele gelöst werden?... Die Systemtransformation, die theoretisch ausgeklammert bleibt, soll offensichtlich auf dem Wege illusorischer sozialstaatlicher Reformen unter Vermeidung eines qualitativen Sprunges erfolgen. Das Krisenproblem und die Machtfrage bleiben so infolge der Logik reformistischen Denkens traditionsgemäß ausgeklammert... Die in den Thesen formulierte Reformkonzeption ist, da das Aufgeben der Krisenvermeidung nicht gewagt werden kann, lediglich in jenem Umfange realisierbar, der den langfristigen Interessen der progressiven Fraktion des Gesamtkapitals entspricht.

Schon heute ist der Tatbestand erkennbar, daß sowohl die sozialpolitischen Bedingungen der Bewahrung systemintegrativer Massenloyalität, wie die Erhaltung der infrastrukturellen Voraussetzungen, für einen krisenfreien Fortgang der privaten Kapitalverwertung konsequente Reformen erfordert. Das Scheitern der sozialliberalen Koalition zeigt, daß diese Reformen nur möglich sind, wenn kurzfristige Kapitalinteressen zurückgedrängt werden. So ist unter dem gegenwärtigen Bedingungen Massenmobilisierung für Reformen, der Aufbau sozialer Gegenmacht, die Voraussetzung für konsequente technokratische Politik. Dafür bieten die vorgelegten Thesen eine ideale Konzeption zur Erfüllung der Aufgaben des 'ideellen Gesamtkapitalisten' Staat." (9)

Den 'Reformisten' wurde unterstellt, die Mobilisierung von Massen für Reformen letztlich nur zum Zwecke der Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu betreiben und damit auch die Rolle der SPD als Träger kapitalistischer Herrschaft zu erhalten.

Die Jusos aus dem Bezirk Hannover konnten ihre alternativen strategischen Vorstellungen (Orientierung auf die 'Machtfrage' für den Systemwechsel) auf dem Bundeskongreß durchsetzen.

Die Vorlage des Bundesvorstandes (der 'Reformisten') setzte noch auf die Möglichkeiten der staatlichen Wirtschaftspolitik: "Im Rahmen einer sozialistischen Strategie kann deshalb auch eine Vollbeschäftigungspolitik und eine Politik der Preisstabilität, vor allem, wenn sie die politische Planung der Ökonomie erweitert, einen wichtigen Platz einnehmen. Um sie von einer kapitalistischen Krisenvermeidungsstrategie abzusetzen, ist jedoch eine ständige Erweiterung der demokratischen Kontrollen der Investitions- und Preispolitik notwendig und eine Politisierung der abhängig Beschäftigten und insbesondere eine Unterstützung der gewerkschaftlichen Politik unerlässlich." (10) Der Kongreß übernahm stattdessen den Änderungsantrag der 'Antirevisionisten' aus Hannover, so daß es heute heißt: "Die ökonomische Stabilität wäre gefährdet, wenn der Staat im Rahmen einer Strategie antikapitalistischer Strukturreformen durch die Inangriffnahme solcher Reformen relevante Kapitalinteressen verletzte. Und auch wenn diese Reformen im Einklang mit zuvor mobilisierten Massen durchgeführt würden, käme es schon in der Vorbereitungsphase solcher Reformen zu einer Krise (Kapitalflucht, Investitionsstreik).

Daraus folgt, daß wir unsere politische Praxis vorrangig an dem Ziel orientieren müssen, wie können wir dazu beitragen, daß sich die organisierte Macht der Arbeiterklasse in einem solchem Ausmaß entfaltet, daß die Krisenreaktion der Unternehmer sich gegen sie selbst kehrt - und zwar dergestalt, daß die Arbeiter schließlich die vom Kapital stillgelegte Produktion selbst übernehmen (Selbstorganisation)." (11)

Dieser Erfolg in der Juso-Organisation hielt zwei Repräsentanten der 'Antirevisionisten' (die sich später dem Sozialistischen Büro Offenbach anschlossen und aus der SPD austraten) nicht davon ab, über die kritische Beurteilung des Bezirks Hessen-Süd und der 'Reformisten' hinaus die Rolle der SPD als 'Bremsen' für gesellschaftliche Veränderungen zu analysieren: "Die objektive Funktion einer Strategie i. S. der vom Bundesvorstand und Hessen-Süd vorgelegten Thesen wird von uns folgendermaßen eingeschätzt: Die Juso-AG wie die Partei bleiben in diesem Konzept trotz aller Beschwörungen von 'Basismobilisierung' primär an der Entfaltung innerinstitutioneller (staatlicher) Einflußchancen orientiert. Die Partei kann mangels einer machtpolitischen Konzeption für die Lösung einer Systemkrise der stets gegenwärtigen Gefahr einer faschistischen Disziplinierung lediglich in der Weise entgegenzutreten, daß sie versucht, Krisen weiterhin bereits präventiv zu vermeiden. Damit verbleibt sie jedoch weiterhin in ihrer Politik den restriktiven Bedingungen staatlichen Handelns in diesem System unterworfen. Die verbal angestrebte Basisaktivität muß - soll die Partei in der Regierung nicht scheitern -

unterhalb der Schwelle krisenprovozierender Intensität gehalten werden. Unvermeidbar verbleibt damit die Partei in den Fesseln ihrer gegenwärtigen Ordnungsfunktion." (12)

In der gleichen Zeitschrift druckten die 'Hannoveraner' einen Artikel aus der Zeitschrift 'links' des Sozialistischen Büros nach, der die Grenzen der Arbeit innerhalb der SPD deutlich machen sollte: "Wie die Dinge liegen, müssen sich nicht allein die Jusos fragen, ob sie den Charakter der SPD, ob sie die Chancen, die für sozialistische Intentionen in ihr bestehen, zureichend reflektiert haben? Da die SPD eine Massenmobilisierung unbedingt verhindern und das Wohlwollen zumindest bedeutender Teile der ökonomischen, administrativen und publizistischen Machtsträger unter allen Umständen bewahren muß; da die SPD in einem beständigen Dokumentationszwang ihre Treue zur 'marktwirtschaftlich-freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung' unter Beweis stellen muß; da sie auf die Akklamation entpolitisierte Wählermassen angewiesen ist - sind angesichts dessen Hoffnungen realistisch, die SPD (als Teil der Herrschaftsträger) ließe sich 'umfunktionieren'? Sind diese Hoffnungen angesichts der Mitgliederstruktur der Partei und ihrer Bürokratie realistisch? Ist es nicht vielmehr so, daß die Politik der Jungsozialisten Energien, Hoffnungen, sozialistische Potentiale an die SPD bindet und damit, gewiß ohne Willen, genau die integrierende Funktion erfüllt, die ihr die Logik des Parteiensystems zuschreibt?"(13)

Zusammenfassend kann man sagen, daß die 'Antirevisionisten'

- in der Analyse der Rolle des Staates (Instanz zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, die auch die Interessen der Arbeiterbewegung zumindest teilweise berücksichtigen muß) weitgehend mit den 'Reformisten' übereinstimmen
- deutliche Grenzen einer staatlichen Politik auf kapitalistischer Grundlage sahen und mit Hilfe von Basismobilisierung zu einer Gesellschaft der Selbstorganisation kommen wollten, die sich erst nach einem Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen kann; Ziel der Politik ist zunächst nicht die Erringung der 'Staatsmacht'
- die Rolle der SPD in einem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß äußerst kritisch einschätzten und lieber eine Basismobilisierung außerhalb der SPD wünschten, die nicht durch die Begrenztheit der Partei zur Modernisierung des Systems zu mißbrauchen ist. Die Orientierung auf die Arbeit innerhalb der SPD mit dem Ziel ihrer sozialistischen Umgestaltung mit der Intensität der 'Reformisten' zu betreiben wurde als Weg in die Integration und die Sackgasse abgelehnt.

3. Die Stamokaps

Eine dritte Gruppierung bei den Jungsozialisten aus den Bezirken Hamburg und Berlin ('Stamokaps') legte eine umfangreiche und in sich relativ geschlossene Analyse und Strategie vor, die in einer völlig anderen Denktradition standen. Die in den beiden Universitätsstädten stark von Studenten geprägten Landesverbände hatten die 'linke Marktlücke' mit der unkritischen Übernahme des Ansatzes und des Erkenntnisstandes der hauptsächlich von der SED entwickelten und von der DKP vertretenen Theorie des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' gefüllt (14). Als Konzession an die SPD taufte die 'Stamokaps' ihre Analyse zeitweilig in den 'staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus' um; sie redigierten ihre Texte aber so schlecht, daß der Begriff 'staatsmonopolistischer Kapitalismus' immer wieder auftauchte (15). Die Breite dieses analytischen Werkes der DDR-Autoren hat für die 'Neue Linke' in der Bundesrepublik eine große Herausforderung dargestellt - zu einzelnen Aspekten des theoretischen Ansatzes (Wirtschaftsstruktur, Klassenanalyse, Rolle des Staates, Strategie der Systemveränderung, Rolle der Basis, Bündnispolitik) gibt es inzwischen mehrere Doktorarbeiten und Bücher (16). Im folgenden kann es nur darum gehen, einige Kernpunkte der Analyse und Strategie der Hamburger und Berliner Jungsozialisten von 1971 nachzuzeichnen und die auch strategisch relevanten Kritikpunkte der anderen Juso-Gruppierungen anzugeben.

Kernpunkt der Wirtschaftsanalyse ist die zunehmende Monopolisierung der Wirtschaft mit dem Ergebnis, daß die Monopole z. T. indirekt das ganze Volk und auch die Kleinkapitalisten ausbeuten: "Die Monopolisierung der Wirtschaft und ganz besonders die Monopolpreise sind eine wesentliche Ursache der nun schon seit Jahrzehnten anhaltenden Inflation, deren Opfer alle nichtmonopolistischen Schichten und Klassen der Gesellschaft sind. Darüber hinaus verfügen die Monopole noch über zahlreiche andere Mittel ihre Profitrate über der Durchschnittsprofitrate zu halten, die alle auf eine mehr oder minder gewaltsame Umverteilung der von der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen Werte zugunsten des Monopolkapitals hinauslaufen und somit als Tribut aufgefaßt werden müssen, den die Monopole der gesamten Gesellschaft auferlegen." (17)

Weiter geht das 'Hamburger Strategiepapier' von 1971 davon aus, daß "eine weitgehende Verflechtung der ökonomischen Macht der Monopole mit der im wesentlichen von ihnen bestimmten Macht der Staatsorgane"(S.6) einsetzt, der zum "systematischen Einsatz aller nationalen Ressourcen im Interesse der Monopole" führt(S.6). Zugleich kommt es zur "Verflechtung des Bankkapitals mit dem Industriekapital zu einem einheitlichen Machtblock, dem Finanzkapital" (S.16). Die scharfe internationale Konkurrenz führt dazu, "daß sich der direkte Zugriff auf den Staatshaushalt und eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten der

Monopole als ein immer notwendigeres Mittel zur Sicherung der Monopolprofite erwies" (S.6). "Alle diese Maßnahmen erleichtern es den großen nationalen und multinationalen Konzernen, den Staat in immer größerem Umfang zur Sicherung ihrer Gewinne einzusetzen" (S.24). Damit verbunden ist der "Kompetenzverlust der parlamentarischen Gremien"(S.23). Es ist die Rede von der "Macht der Monopole und den vom ihm beherrschten Staatsapparat"(S.12). Diese Beherrschung findet ihren Ausdruck in der Zahl der Monopolvertreter in staatlichen Gremien, ist „vielfach an personellen Verflechtungen ablesbar“ (S.20).

Die Hamburger Jusos behaupteten darüber hinaus: „In seiner Aufgabenstellung, das kapitalistische System in seinem langfristigen Bestand abzusichern, muß der Staat allerdings notwendig eine relative Unabhängigkeit von den Tagesinteressen einzelner Monopole und Monopolgruppen haben“ (S.19). Zugleich entdeckten sie: "Die konkrete Politik eines hochentwickelten kapitalistischen Staates“ ist „innerhalb eines gewissen Bereichs abhängig von den jeweiligen politischen Machtkonstellationen“(S.6/7). Inwieweit der 'Zugriff der Monopole' oder „die Abwälzung von Kosten zur Unterstützung der Monopolprofite auf die Arbeiterklasse gelingt, ist allerdings stets auch eine Frage des jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses“(S.19). Mit anderen Worten: die relative Unabhängigkeit des Staates von den Monopolgruppen kann genau so gut gegen die Monopole gewendet werden - indem man selber zugreift. Dieses Vorhaben wird 'erleichtert' durch die starke Monopolisierung, denn der Anteil der Angehörigen der Monopolbourgeoisie „an den Erwerbstätigen, sofern sie überhaupt 'tätig' sind, ist verschwindend gering“(S.11). Damit bestehen „die objektiven Voraussetzungen eines politischen Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte“(S.13). Da die Monopole antidemokratische Interessen haben, kommt es darauf an, für „die Verteidigung und Ausweitung“ der „demokratischen Rechte und für die schrittweise Zurückdrängung und schließlich die Beseitigung der Monopole“(S.26) einzutreten. Es sind die Forderungen „Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und gesamtgesellschaftliche demokratische Planung“(S.28) aufzustellen. "Im Kampf um diese Ziele ist die Möglichkeit angelegt, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu verändern, die Macht der Monopole zu überwinden und den Übergang zum Sozialismus einzuleiten"(S.28). Der "Übergang zum Sozialismus" soll „auf der Grundlage der erreichten Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und demokratischen Planung"(S.30) vorgenommen werden; d.h. daß eine 'demokratische Zwischen-Stufe' zwischen Kapitalismus und Sozialismus eingeplant ist. Für diese 'demokratische Zwischenphase' gilt nach Meinung der 'Stamokaps': „Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien bedeutet die Enteignung der entscheidenden Monopole, verbunden mit der Einführung der Mitbestimmung in diesen Unternehmen und ihre Unterordnung unter den demokratisch arbeitenden gesamtwirtschaftlichen

und -gesellschaftlichen Entwicklungsplan.... Zu den Schlüsselindustrien gehören dabei nicht nur die traditionellen Schwerindustrien und die großen Banken, sondern auch Bereiche wie die Chemie-, Automobil- und Elektroindustrie und das Informationswesen und die Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Kernenergie und Datenverarbeitung...“ (S.29). Erst dann "ergibt sich die Notwendigkeit, auf der Grundlage der erreichten Mitbestimmung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien und demokratischen Planung den Kampf für die vollständige Beherrschung aller ökonomischen, sozialen und politischen Entscheidungen durch die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und ihre Organisationen aufzunehmen, d.h. den Übergang zum Sozialismus einzuleiten"(S.30). "Die konstituierenden Merkmale der sozialistischen Demokratie werden das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausübung der Staatsmacht durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen sein"(S.31).

Es ist schwer, ein solches zusammenhängendes Konzept aus dem Hamburger Strategiepapier zu entnehmen. Das findet seinen Ausdruck in dem 'Springen' von einer vorderen zu einer der letzten Seiten und umgekehrt. Die oben erläuterte Darstellung der Analyse und Strategie der 'Stamokaps' wäre kaum möglich gewesen, wenn sie nicht schon wesentlich früher und klarer von der SED/DKP entwickelt worden wären.

Im Rahmen des strategischen Ansatzes der 'Stamokaps' kommt der SPD eine zentrale Bedeutung zu: Über die Umgestaltung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei soll diese für das politische Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten geöffnet und in der Bevölkerung von einem 'antimonopolistischen Bündnis' aller demokratischen Kräfte ergänzt werden, damit die Staatsmacht übernommen und gegen die Monopole gewendet werden kann. Die erste politische Kritik des Ansatzes der Hamburger und Berliner Jungsozialisten lag in der anderen Denktradition der auf Basismobilisierung orientierten Juso-Gruppen; sie bemängelten das passive Setzen auf eine antimonopolistische Bündnisbewegung von Gewerkschaften und Kleinunternehmern (überflüssige Konzessionen der Arbeiterbewegung, Hauptproblem ist die Einigung der über 80% Lohnabhängigen) und die Konzentration der Arbeit auf die Übernahme von Apparat-Positionen im Staat und in der SPD, ohne wirklich gesellschaftliche Strukturen (Demokratisierung, Selbstbestimmung) zu verändern.

Kritik zielte darüber hinaus auf

- die Reduktion aller ökonomischer Bewegung auf die 'Machenschaften der Monopole' mit der verbreiteten Vorstellung, wenige Spitzenmanager (600) würden alles lenken. Demgegenüber wurde betont, daß trotz der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals nach wie vor (zumindest auf dem Weltmarkt) eine harte (z. T. nicht mehr auf den Preis,

sondern auf Marktanteile bezogene) Konkurrenz vorhanden ist und die von Marx analysierten allgemeinen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie (die sich 'hinter dem Rücken' von Einzelkapitalisten und auch hinter dem von großen Kapitalen durchsetzen) keineswegs ihre Gültigkeit verloren haben

- die Vorstellung des Staates als über Personen mit den Monopolen verschmolzene Agentur, die bis hin zur Hochschulpolitik lediglich der Vollstrecker monopolistischen Willens ist; die ständige Ausweitung staatlicher Aktivitäten soll für die Monopole und den Kapitalismus lebensnotwendig geworden sein. Dazu wurde bemerkt, daß der Staat zwar die allgemeine Aufgabe der Aufrechterhaltung kapitalistischer Strukturen hat, sich dabei aber unter Einbeziehung von Interessen der Arbeiterbewegung eher von Funktionsnotwendigkeiten des Systems (und damit allgemeinen und meist verrechtlichten kapitalistischen Interessen) als von personifizierbaren Monopolisten leiten läßt
- den Glauben, nach dem Fortjagen der 600 drähteziehenden Monopolisten und der Okkupation der Staatsmacht schon ein wesentliches Ziel erreicht zu haben. Dagegen wurde gehalten, daß der entwickelte kapitalistische Staat nicht bruchlos zur Verwaltung des Sozialismus geeignet ist, sondern zur Vermeidung eines Sozialismus nach osteuropäischem Vorbild gründlich umstrukturiert, entbürokratisiert und demokratisiert werden muß. Da dieser Prozeß nur eingebettet in Basisaktivitäten für mehr Selbstbestimmung vorstellbar ist, muß sich die Arbeit von Sozialisten mehr auf die Entwicklung und Stabilisierung von Basisaktivitäten als auf den bloßen Austausch von Personen in den Konzernspitzen und im Staatsapparat konzentrieren
- die Konzeption eines zweiphasigen Übergangs zum Sozialismus (antimonopolistische Demokratie als Zwischenphase). Eine solche Vorstellung drückt sich um die Konkretisierung von Übergangsforderungen und Strukturreformen herum (was als 'Reformismus' abgelehnt wird) und täuscht nur eine Zwischenphase vor (damit die DKP nicht vom Verfassungsgericht mit der Begründung verboten wird, sie halte an der Diktatur des Proletariats fest?) -denn die inhaltliche Bestimmung dieser 'Zwischenphase' (Sozialisierung der Schlüsselindustrien, demokratische Planung) läßt eine wirkliche Unterscheidung vom Ziel 'Sozialismus' nicht zu
- das Ziel eines antimonopolistischen Bündnisses aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten zur Eroberung der Staatsmacht. Dazu wurde festgestellt, daß nicht nur die Vorstellung der Ausplünderung der Kleinkapitalisten und des ganzen Volkes problematisch ist, sondern sich darüber hinaus im entwickelten Kapitalismus der Bundesrepublik mit über 80% Lohnabhängigen nicht das Problem eines Bündnisses, sondern das der Vereinheitlichung der abhängig Beschäftigten stellt. Kompromisse mit Kleinkapitalisten hemmen die

Arbeiterbewegung und können nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren Existenz im Sozialismus zumindest ebenso gefährdet ist wie im Kapitalismus - oder ist der Sozialismus das Paradies der Kleinkapitalisten mit bis zu 1.000 Beschäftigten?

Auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten 1971 konnten die Hamburger und Berliner Jungsozialisten einen Änderungsantrag (These 3) durchsetzen - allerdings nicht vollständig. Die geforderte Formulierung "ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem voll entwickelten System des staatsinterventionistischen Monopolkapitalismus gesprochen werden kann"(18) wurde 'entschärft' und statt dessen beschlossen: "Ohne massive ökonomische Interventionen des Staates ist der kapitalistische Produktionsprozeß nicht mehr denkbar, so daß heute von einem gesellschaftlichen System gesprochen werden kann, in dem es den großen Konzernen gelingt, ihre Interessen in allen gesellschaftlichen Bereichen zum Tragen zu bringen."(19)

Zur weiteren Relativierung dieser Aussage und im Kern als Absage an den Stamokap-Ansatz wurde direkt im Anschluß festgestellt: "Die politische Macht der Kapitalisten zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft schlägt sich nicht in allen Bereichen staatlicher Tätigkeit gleichermaßen und uneingeschränkt nieder. Staatliches Handeln ist nicht nur geprägt von gesellschaftlich vorherrschenden

den Kräften, sondern gleichzeitig von den Konflikten zwischen den grundsätzlich widersprüchlichen und den konkurrierenden gesellschaftlichen Kräften."(20)

Zusammenfassend kann man sagen, daß die 'Stamokaps'

- den Staat im Wesentlichen als Handlanger der Monopole sahen, der diesen zu entreißen -und gegen sie zur Verwaltung des Sozialismus einzusetzen ist.
- den Weg zum Sozialismus durch eine konsequente sozialistische SPD absichern und sowohl Kommunisten als auch Kleinkapitalisten am 'antimonopolistischen Kampf' beteiligen wollten.

Da diese Gruppierung die Macht im Staate nicht putschistisch erringen wollte, sondern auf Personenaustausch in unveränderten Apparaten setzt, ist sie im Grunde die 'rechtteste' Variante der Jungsozialisten gewesen, zu mal sie keine überzeugende Antwort auf die Probleme wußte, die mit dem 'Entreißen' der Staatsmacht aus den Händen der Monopole verbunden sind - ganz zu schweigen von einer Vorstellung davon, wie die machtmäßige Grundlage (Basismobilisierung) eines solchen 'Systembruchs' aussehen soll.

II. Der Wandel der Positionen bis 1978

- ist die Überwindung der Spaltung der Jungsozialisten möglich?

Die politische Situation und die Strategiediskussion bei den Jungsozialisten haben sich im Laufe der letzten sieben Jahre deutlich geändert. Die sich 1971 abzeichnenden theoretischen Differenzen führten zur Herausbildung in sich relativ geschlossener Fraktionen, in die heute nahezu alle Bezirke einbezogen sind. Die fraktionelle Verbreiterung der theoretischen Ansätze war begleitet von einem Abbröckeln an der Basis der Juso-Organisation und auch von einem Abbröckeln der bevölkerungsnahen Aktivitäten vor allem im Kommunalbereich, wobei die deklarierte 'Umsteuerung' der Aktivitäten in den Betriebs- und Jugendbereich kaum Realität wurde. Die regional unterschiedlich starke Herausbildung einer 'Parteilinken' relativ unabhängig von der Jusoororganisation, ihre Aktivitäten in der Kommunalpolitik und ihre kritische Rolle in der SPD haben mit dazu beigetragen, daß der Einfluß der Jungsozialisten nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Partei erheblich zurückgegangen und die Jugendorganisation immer mehr zu einer 'intellektuellen Spielwiese' geworden ist. Besteht heute noch für die Jungsozialisten die Chance, wenigstens konzeptionell wieder zu einheitlichen Haltungen zu kommen, um von fundierten politischen Positionen aus zumindest einen Teil ihres Einflusses zurückzugewinnen zu können?

Die politischen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung sind nicht ungünstig, denn

- die Repräsentanten der 'Reformisten' sind in verantwortliche Partei- und Staatsfunktionen aufgerückt (Wolfgang Roth ist im SPD-Parteivorstand, Karsten Voigt ist Bundestagsabgeordneter). Ihre Nachfolger standen nicht mehr so stark vor der Notwendigkeit der Absicherung ihrer Position in der Partei und konnten theoretische Präzisierungen und auch Neubestimmungen vornehmen.
- die 'Antirevisionisten' verloren ihre Repräsentanten von 1971 (Helmut Korte, Karl Nolle) an das Sozialistische Büro in Offenbach; die in der SPD bleibenden Jusos mußten auch ihren theoretischen Ansatz überdenken, denn von der alten 'Bezirklinie' her war der Wechsel zum SB durchaus konsequent.
- einige Repräsentanten der 'Stamokaps' traten konsequenterweise zur DKP über (Rainer Eckert in Frankfurt); viele verblieben im SHB, der z. B. die Inhaftierung von Rudolf Bahro für nicht anrühend hielt und keinen Grund für eine Distanzierung von der SED sah. Die bei den Jusos arbeitenden 'Stamokaps' orientierten sich zunehmend an eurokommunistischen Vorstellungen

- der mitglieder- und delegiertenstärkste Bezirk Westliches Westfalen definierte sich als links von den 'Reformisten' stehende 'vierte Kraft', deren Politik auf eine Integration der verschiedenen Juso-Strömungen zielte.

Im Rahmen dieser politischen Entwicklung hätten die Jungsozialisten eine politische Perspektive, wenn sie in der Lage wären, eine relativ einheitliche linkssozialistische Position innerhalb der SPD zu formulieren und sich zugleich deutlich sowohl von der DKP wie vom Sozialistischen Büro abzugrenzen. Ende 1978 bieten die unterschiedlichen Fraktionen bei den Jusos folgendes Bild:

1. Die Reformsozialisten

Die 'Reformisten' bezeichnen sich selbst als Reformsozialisten und sind im Malenter Kreis zusammengeschlossen, der für seinen 51 Seiten umfassenden Grundsatzantrag auf dem Bundeskongreß von 1978 über 40% der Delegiertenstimmen gewinnen konnte. Nach einer selbstkritischen Bestandsaufnahme (keine Juso-Identität durch Fraktionierung, weitgehend hierarchische Organisation, geringer Basiseinfluß auf Bundeskongresse, Scheitern des Vorstoßes in den Produktionsbereich, Nachlassen der Verankerung in der SPD, Konflikte mit der Partei an formalen und nicht an inhaltlich ausweisbaren Punkten) erfolgt in dem Antrag "Z 2" eine harte Kritik der reformistischen SPD-Politik vor allem in Fragen der Wirtschaftspolitik: 'Die auf die Umverteilung von Zuwächsen abzielende Reformpolitik der SPD ist durch die Krise hin-fällig geworden. Denn die SPD baut nach wie vor darauf, durch die Umverteilung von Zuwächsen Reformen zu finanzieren, die ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bewirken sollen. Durch die veränderten Wachstumsraten ist auch der Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik, aus dem sich im wesentlichen der Regierungsanspruch der SPD ableitet, erschüttert: die Sozialpolitik.'⁽²¹⁾ Die 'Malenter' stellen fest, daß mit der Verwässerung von Reformansätzen (Mitbestimmung, Steuerrecht) nach einer Phase der Reformeuphorie kapitalistische Systemstrukturen und die Macht der Unternehmer erneut deutlich geworden sind und folgern die Notwendigkeit der Mobilisierung einer "aktiven organisierten Gegenmacht der abhängig Beschäftigten"^(S.29) für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital mit der Perspektive eines demokratischen Sozialismus, die sie folgendermaßen charakterisieren: "Die Zielsetzung für die politische Arbeit der Jungsozialisten ist die Schaffung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Sozialismus bedeutet für die Jungsozialisten eine untrennbare Einheit von Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen. Die Jungsozialisten erstreben eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die die Einheit von Sozialismus und Demokratie voll entfaltet. Dies bedeutet insbesondere:

- Die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie und des Bankenwesens, die demokratische Verfügungsgewalt der Arbeiterklasse über die Produktionsmittel und die größtmögliche Verfügungsgewalt des einzelnen Arbeiters über seinen Arbeitsplatz;
- Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen im Rahmen gesamtgesellschaftlicher, demokratischer Rahmenplanung; Demokratisierung der Wirtschaft (genauer: paritätische Mitbestimmung als Zwischenschritt, über betriebliche Mitbestimmung; Wirtschafts- und Sozialräte, Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Unternehmen; Kontrolle der Investitionsentscheidungen und ihre Ausrichtung an den Bedürfnissen der Menschen (Lebensqualität)

- Entwicklung solidarischer Lebensformen und Abbau von solidaritätsbehindernden Konkurrenzprinzipien und Herrschaftsstrukturen, d.h. Selbstorganisation der jeweils Betroffenen.

Die prinzipielle Einheit von Demokratie und Sozialismus muß angesichts der politischen Bedingungen des so genannten 'realen Sozialismus' besonders betont werden. Auch wenn festzuhalten ist, daß die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik wesentlich von Kapitalinteressen bestimmt wird, so verteidigen die Jungsozialisten doch prinzipiell die im Grundgesetz verankerten demokratischen Freiheitsrechte, wie allgemeine, freie und geheime Wahlen, Meinungs- und Informationsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Autonomie der Gewerkschaften, Streikrecht, Koalitionsfreiheit, Recht auf organisierte Opposition, Versammlungsfreiheit. Die Jungsozialisten sind mit Rosa Luxemburg der Auffassung: 'Die Verwirklichung des Sozialismus aber durch eine Minderheit ist bedingungslos ausgeschlossen, da gerade die Idee des Sozialismus selbst die Herrschaft einer Minderheit oder Partei ausschließt.'"(22)

Dieses Ziel des demokratischen Sozialismus soll im Sinne der Bundeskongreßbeschlüsse von 1971 durch (präziser als zuvor gefaßte) antikapitalistische Strukturreformen und eine 'Doppelstrategie' im Rahmen der SPD erreicht werden: "Durch eine Politik antikapitalistischer Strukturreformen soll erreicht werden, Gegenmachtpositionen der abhängig Beschäftigten zu erweitern. Ein solches Konzept zielt darauf ab, die konkreten Tagesaktionen mit grundlegenden Strukturveränderungen in gesellschaftlichen Bereichen zu verbinden. Zu diesem Zweck müssen die Sozialisten mit ihren Forderungen an die Tagesinteressen der abhängig Beschäftigten anknüpfen. Eine sozialistische Politik muß zudem durch ihre Inhalte und Formen eine Mobilisierung und Organisation der Lohnabhängigen insgesamt erreichen. Die Vertretung einer Konzeption antikapitalistischer Strukturreformen darf nicht so ausgelegt werden, daß jeglicher Reformpolitik antikapitalistischer Charakter zugemessen wird. Im Gegenteil entsprechen Reformen, die der Modernisierung des Systems dienen, eben so wenig diesem Anspruch wie Reformen, die prinzipiell unter den heutigen Bedingungen wirtschaftlichen Wachstums und damit Unterordnung unter die privatwirtschaftlichen Investitionsstrategien zur Voraussetzung haben. Antikapitalistische Strukturreformen können nicht an der Zunahme investiver Ausgaben gemessen werden. Es ist vielmehr die Durchsetzung von Kampfzielen, die sowohl die Situation von abhängig Beschäftigten verbessert, als auch Gegenmachtpositionen ausweitet und Verwertungsbedingungen des Kapitals angreift. Antikapitalistische Strukturreformen bedeuten keine Politik, die glaubt, Sozialismus könne durch eine 'Aneinanderreihung von Reformen' auf leisen Sohlen erreicht. Im Gegenteil werden Reformen mit sozialistischen Zielvorstellungen auf den massiven Widerstand des Kapitals und seiner

politischen Vertreter im politischen System stoßen; um so wichtiger aber ist es, daß diese Politik gerade bei einer Demokratisierung der politischen und ökonomischen Entscheidungsstrukturen und einem Abbau des staatlichen Machtpotentials ansetzt, um die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Interesse der abhängig Beschäftigten zu entscheiden. Diese politische Konzeption grenzt sich ab von der in der SPD mehrheitlich vertretenen Politik der weitgehenden Anpassung an die vorherrschenden Bewußtseinsstrukturen, der ausschließlichen Orientierung auf parlamentarische Arbeit und des Versuchs einer sozial gerechteren Verteilung der ökonomischen Zuwächse, ohne die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu beseitigen."(23)

Nach einer Kritik des Ansatzes der 'Stamokaps' (Monopoltheorie, Staatsfunktion, Bündnispolitik) präzisieren die Reformsozialisten in Anlehnung an die Position der 'Antirevisionisten' von 1971 ihre Sicht des Problems beim Bruch mit überwiegend kapitalistischen Strukturen -sie bestreiten die These von der 'Systemgrenze' für Strukturreformen, sehen aber durchaus einen Punkt des endgültigen Bruchs mit dem System: "Doch "die Systemgrenze' hat es so nie gegeben: wandten sich die Kapitalisten gegen nahezu jede soziale Veränderung als angeblich 'systemsprengend', so hat nach Marx die englische Arbeiterklasse bei der gesetzlichen Begrenzung des Arbeitstages durchaus die 'politische Ökonomie der Arbeiterklasse' gegen das Verwertungsinteresse des Kapitals durchgesetzt. Dies soll nicht heißen, daß der Staat sich jegliche Eingriffe leisten kann, ohne den Kapitalverwertungsprozeß zu gefährden - zu bestimmen bleibt, wie sich in Fällen dann eintretender Investitionsenthaltung, Kapitalflucht und/oder inflationären Preiserhöhungen die organisierte Gegenmacht so entfalten kann, daß der Produktionsprozeß unter ihrer Kontrolle weiterlaufen kann, ohne daß es zu politisch destabilisierenden Versorgungsschwierigkeiten kommt. Denn in der Tat hat der Staat in kapitalistischen Gesellschaften die Funktion, das Kapitalverhältnis aufrechtzuerhalten, das aus sich selbst heraus ständig zur Auflösung tendiert: sei es durch die Tendenz der Einzelkapitale zur maßlosen Ausbeutung der Arbeiter, sei es durch das Streben der Arbeiter nach Beseitigung der Trennung von Produzent und Produktionsmitteln. Dabei ist der Staat abgesehen von Widersprüchlichkeiten und Reibungsverlusten innerhalb der staatlichen Strukturen nicht unmittelbares Instrument der herrschenden Klasse."(24)

Den Prozeß der Transformation des kapitalistischen Systems zum demokratischen Sozialismus können sich die Reformsozialisten nur in und mit der SPD vorstellen: "Die Mitgliedschaft in der SPD und die damit verbundenen Ausgangsbedingungen für die politische Arbeit sind für die Jusos eine prinzipielle Entscheidung. Wenn Sozialismus die Angelegenheit einer Mehrheit in dieser Gesellschaft sein soll, dann wird dieser Sozialismus in der Bundesrepublik ohne eine aktive Trägerschaft durch die SPD nicht erreichbar sein. Und wenn die Arbeiterklasse das

Subjekt sozialistischer Veränderungen ist, dann wird eine sozialistische Gesellschaft nur mit und durch diejenigen Organisationen erreichbar sein, in denen die Arbeiterklasse politisch organisiert ist: in der SPD und den DGB-Gewerkschaften. Es geht unter den augenblicklichen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Bedingungen nicht darum, nach einer organisatorischen Alternative zur SPD zu suchen, sondern innerhalb der Partei mit der Perspektive der konsequenten Veränderung der SPD zu arbeiten. Bei aller Kritik in Grundsatz- wie in Einzelfragen ist die Orientierung für demokratische Sozialisten auf sie notwendig und möglich, denn die SPD ist weder 'fester Garant kapitalistischer Klassenherrschaft', noch 'unaufhebbar reformistisch'. Das Beispiel der Veränderung der konservativen SFIO zur erneuerten sozialistischen Partei Frankreichs, aber auch der Veränderungsprozeß in der italienischen KP hat in bemerkenswerter Weise gezeigt, daß die traditionellen Massenorganisationen durchaus in der Lage sind, sich auf Druck von außen und von innen zu erneuern und eine neue antikapitalistische Stoßkraft zu entwickeln. In beiden Fällen haben Minderheiten in der Partei die gesellschaftspolitischen Konflikte aufgegriffen und in die Partei hineingetragen."(25) Diese Haltung ist beim Malenter Kreis verbunden mit einer Kritik der Parteilinken ("eine Parteilinke im Sinne einer gemeinsamen politischen Strategie ist nicht vorhanden") und auch der Linken in der Bundestagsfraktion, der nicht einmal die Verhinderung des Abbaus demokratischer Rechte und unternehmerfreundlicher Steueränderungen gelungen ist (S.19). Der Parteilinken wird vorgeworfen, Personalentscheidungen meist vor die Diskussion von Sachproblemen zu stellen - als Konsequenz wird die Formulierung einer inhaltlichen Minimalplattform vorgeschlagen, wobei die Jungsozialisten diese zwar tragen, aber auch weitergehende Vorstellungen entwickeln sollen (S.23). Ähnlich wie die 'Antirevisionisten' nach 1971 kritisieren die Reformsozialisten die schwache Basisverankerung der Jungsozialisten und das Nichtfunktionieren der Doppelstrategie (unzureichende Verankerung bei den Zielgruppen, vielfach einseitige Arbeit in den Parteigremien, schneller Zusammenbruch von Mobilisierungen, starke Beschäftigung mit der eigenen Fraktionierung) und stellen etwas vereinfachend fest: "Diese Kritik trifft jedoch nicht das Konzept der Doppelstrategie und antikapitalistischen Strukturreform, sondern es ist eine Kritik an ihrem Verständnis und der Haridhabung."(26)

Hier wäre nach fast 10 Jahren von 'Doppelstrategie auf dem Papier' genauer zu analysieren, welche Strukturen und Bedingungen denn doch bei allen Jusofraktionen zu einer Privilegierung der Parteiarbeit geführt haben und welche Vorteile damit verbunden waren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Position der 'Reformsozialisten', die sich in einigen Punkten mit der der 'Antirevisionisten' von 1971 deckt, gekennzeichnet ist durch

- das Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine umfassende Demokratisierung gekennzeichnet ist und weitgehende Selbstbestimmungsprozesse anstrebt
- die strategische Vorstellung, daß durch die Politisierung der abhängig beschäftigten Gegenmachtpositionen aufgebaut und Selbstbestimmungstendenzen gestärkt werden, die strukturelle Reformen (Marx: die Politische Ökonomie der Arbeiter) gegen das Kapital durchsetzen können
- die Einschätzung des Staates als relativ unabhängige Instanz mit der Funktion der Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses, die zwar auch Interessen der Arbeiterbewegung aufnehmen kann, in einem sozialistischen Transformationsprozeß aber selber demokratisiert werden muß
- die Erkenntnis, daß der Sozialismus keineswegs durch die Aneinanderreihung von Reformen und auf leisen Sohlen zu erreichen ist - wobei aber noch zu klären ist, wie der endgültige Bruch mit dem kapitalistischen System ohne den Zusammenbruch der Wirtschaft aussehen kann und welche Rolle der Staat dabei spielt
- die prinzipielle Entscheidung für die Mitarbeit in der SPD mit dem Ziel, eine starke antikapitalistische Kraft zu entwickeln
- den Willen zum Bündnis mit der Parteilinken, ohne allerdings die Jungsozialisten voll von ihr vereinnahmen zu lassen
- die Propagierung des Vorrangs der Basisarbeit in der Bevölkerung vor der Gremienarbeit in der Partei, um fehlende Verankerungen zu erreichen.

2. Der Göttinger Kreis

Die Hannoveraner 'Antirevisionisten' haben sich inzwischen mit Jungsozialisten aus anderen Bezirken zum Göttinger Kreis zusammengeschlossen. Mit dem Wechsel von Korte und Nolle zum Sozialistischen Büro war ein theoretischer Klärungsprozeß verbunden, dessen Ergebnis die Göttinger so zusammenfaßten: "Wir sind keine Antirevisionisten".(27) D.h.: "Wir betrachten den Einfluß des 'Antirevisionismus' als ein beendetes Durchgangsstadium in der theoretischen Entwicklung des sich um den Bezirk Hannover gruppierenden Juso-Flügels, auf den eine Etappe folgt, in der die Herausarbeitung einer (freilich nicht mit Illusionen behafteten) sozialistischen Reformstrategie ansteht".(28) Welches sind nun die veränderten Positionen des 'Göttinger Kreises'? Noch auf dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 war die Frage nach einer 'Systemgrenze' für Strukturreformen der entscheidende Streitpunkt zwischen den Jusofraktionen, mit deren Annahme sich die Mehrheit des Verbandes von 'reformistischen Illusionen' distanzieren wollte - heute heißt es bei Vertretern der ehemaligen Antirevisionisten: "Dies ist die Diskussion, die sich um den durchaus nicht glücklichen Begriff der Systemgrenze gerankt hat. Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen; nur ein Mißverständnis muß beseitigt werden: Wenn festgestellt wird, daß der Kapitalismus nicht unbegrenzt reformfähig ist, dann ist damit nur festgestellt, daß die bürgerliche Produktionsweise zur Fortführung der Reformpolitik überwunden werden muß - nicht aber wird damit der gewaltsamen Zerschlagung der politischen Demokratie das Wort geredet. Daß die Republik und ihre Institutionen - (u. a. Parlament und Parteien) wesentliche Mittel zur Überwindung des Kapitalismus sein können und außerdem auch Grundbestandteile des politischen Systems des demokratischen Sozialismus bleiben werden - diese unsere Auffassung hat heute im übrigen auch der Eurokommunismus übernommen."(29)

Der Eurokommunismus hatte es allerdings nicht nötig, theoretische Anleihen bei den Göttinger Jusos zu machen - in der Tradition der auf Gramsci zurückgehenden italienischen Diskussionen hat z.B. die KPI schon vor den Jusos die Notwendigkeit von 'Übergangsforderungen' betont, die eine Verbindung zwischen Tagesforderungen und sozialistischer Perspektive darstellen. Die Möglichkeit der Weitertreibung von Reformforderungen sehen die Göttinger Jusos nach wie vor: "Derart an den tatsächlichen Interessen ansetzend, können Sozialisten dazu beitragen, daß resultierende Forderungen den Charakter von Übergangsforderungen annehmen: Ansetzend an den im Kapitalismus entstehenden Bedürfnissen, aber über ihn hinausweisend durch Inhalt und Form des Kampfes um sie. Ein Beispiel: Da Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und aktuell gerade die Arbeitsplatzsicherheit wesentlich von Umfang und Art der Investitionen abhängen, entsteht die gegen die ausschließliche Kapitalverfügung gerichtete Forderung nach Investitionslenkung.

Diese Forderung kann im Ergebnis systemintegrativ zu einer staatlichen Planungshilfe für private Investitionen degenerieren, kann aber zur Übergangsforderung werden, wenn die sozialen Auseinandersetzungen dazu führen, daß die Investitionslenkungsförderung immer mehr gekoppelt wird mit Mitbestimmungsforderungen und insbesondere der Forderungen nach Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel. Welchen Charakter Interessen und Forderungen annehmen, darauf kann der subjektive Faktor, die organisierte Arbeiterbewegung in wichtigem Ausmaß Einfluß nehmen."(30)

Zur Durchsetzung von strukturverändernden Prozessen halten die Göttinger auch an der - allerdings nicht einseitig praktizierten - Doppelstrategie fest: "Sofern es heute noch sinnvoll ist, den durch die beiden Varianten diskreditierten Begriff der Doppelstrategie zu verwenden, denn nur im Sinn einer tatsächlichen Verbindung von Basisarbeit und Partei bzw. institutioneller Arbeit. Das Grundprinzip muß in der organischen Verbindung beider Elemente bestehen, nicht in der gegenseitigen Über- und Unterordnung. Parteiarbeit ohne Illusionen über das Ausmaß der Veränderungsmöglichkeiten der M und Basisarbeit ohne Fetischisierung der Massenmobilisierung sind in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu betrachten."(31)

Nach diesen Klärungen landete der 'Göttinger Kreis' zur Erhaltung seiner 'Andersartigkeit' auf den Bundeskongreß 1977 einen neuen Knüller: er behauptete eine absolute Grenze der Veränderbarkeit der SPD und übertraf damit alle anderen Fraktionen: "Dies bedeutet nicht, daß sich Jungsozialisten der Illusion hingeben, die gesamte SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei zu entwickeln: Die SPD hat sich in einem langen historischen Prozeß zu einer Partei entwickelt, deren Politik grundsätzlich von einer Vertretung der Interessen der Lohnabhängigen mit parlamentarischen Mitteln im Rahmen der kapitalist. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gekennzeichnet ist. Diese systemimmanente Ausrichtung ist für Struktur und Politik der heutigen SPD charakteristisch. Ausgehend von dieser starken Integration der SPD in das herrschende Gesellschaftssystem muß die Hoffnung, die gesamte SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei zu verändern, als Illusion angesehen werden. Es wird für die Jungsozialisten in der nächsten Zeit vielmehr darauf ankommen, die antikapitalistischen und sozialistischen Kräfte in der Partei durch eine verbesserte Mobilisierung ihrer Basis zu stärken."(32)

Nach der Systemgrenze nun die Parteigrenze - dennoch zielt der Göttinger Kreis aber auf die Beeinflussung der SPD: 'Die Auseinandersetzungen innerhalb der Hannoveraner Jungsozialisten endeten 1974 mit der Durchsetzung einer prinzipiellen Orientierung auf die Mitarbeit in der SPD.... Die Parteiarbeit der Jungsozialisten hat fortschrittliche Mehrheitsbildungen im Partei-Bezirk Hannover wesentlich ermöglicht. Von 'antirevisionistischer Politik' kann kaum die Rede sein, wenn u. a. Verfasser dieses Artikels Bezirksvorstands- und

Unterbezirksvorstandsfunktionen in der SPD wahrnehmen und ihre Tätigkeit im Bereich der Arbeiterbildung eine klare gewerkschaftliche Orientierung aufweist."(33)

Die Arbeit innerhalb der SPD soll zum Aufbau eines bundesweiten marxistischen Flügels genutzt werden: "Als auch heute sozialliberal-reformistische Partei produziert die SPD bei sich in Zukunft wahrscheinlich verschärfenden Klassenkämpfen verstärkt innere Differenzierungen. Ziel der Arbeit von Marxisten in der SPD ist erstens: Im Rahmen dieses Prozesses reformistische Mehrheiten gegen den sozialliberalen Flügel herzustellen und zweitens: Im Zug dieser Veränderungen auch marxistischen Kräften in der Partei zu mehr Einfluß zu verhelfen und derart einen marxistischen Flügel in der SPD aufzubauen."(34)

Dieser marxistische Flügel will sich sogar mit konsequenten Gewerkschaftlern verbünden, um innerhalb der SPD fortschrittliche Mehrheiten herzustellen: "Die häufig festzustellende Funktionalisierung der Gewerkschaften für die SPD-Politik muß dahingehend umgekehrt werden, daß die SPD wieder mehr zum Transmissionsriemen der Gewerkschaften wird. Das Ziel besteht darin, gewerkschaftliche Vorstellungen konsequent gegen die Interessen sozialdemokratischer (Regierungs-) Politik durchzusetzen. In diesem Sinn gilt es für die marxistische Juso-Linke, weit mehr als in der Vergangenheit das innerparteiliche Bündnis mit Gewerkschaftlern zu suchen. Diese Bündnispolitik darf sich nicht von schematischen Rechts-Links-Vorstellungen von der Art beeinträchtigen lassen, daß augenblicklich viele Gewerkschaftler in der SPD dem rechten Flügel zugeordnet werden. Es ist eine Verbindung fortschrittlicher Ansätze in den Gewerkschaften mit der linken Opposition in der SPD anzustreben."(35)

Man muß dem Interesse an einem Bündnis mit Gewerkschaftlern aber die gleiche Schlitzohrigkeit wie dem an einem Bündnis mit der Parteilinken unterstellen - dieses Bündnis ist nur solange gut, bis die eigene, natürlich im Gegensatz zu allen anderen 'marxistische' Position in der Mehrheit ist: "Bei den Jungsozialisten ist die Durchsetzung von marxistischen Positionen möglich. Rechte Positionen sind relativ einflußlos; der reformistische Bundesvorstand verliert ständig an politischem und mehrheitsmäßigem Einfluß. Bei den Jusos verläuft daher im Gegensatz zur Partei die politische Frontlinie zwischen Reformisten und Marxisten. Bündnispolitik mit dem reformistischen Teil ist innerhalb der Juso-Organisation nicht den politischen Verhältnissen entsprechend. In der Partei verläuft der politische Hauptgegensatz zwischen der sozialliberalen Parteilinken und der reformistischen Parteilinken. Eine Durchsetzung marxistischer Positionen ist kaum zu erwarten. Daher entspricht ein Bündnis der marxistischen Teile der Partei mit der reformistischen Parteilinken der politischen Situation der SPD. In diesem Bündnis bewahren die marxistischen Kräfte ihre eigenständige politische Konzeption; eine Integration in die Parteilinke (u. a. in der Konzeption, die Jusos zum 'Kern der

Parteilinken' zu machen) würde die Aufgabe der marxistischen Perspektive eines Übergangs zum Sozialismus bedeuten."(36)

Diese Haltung führt dann z.B. zu der paradoxen Situation, daß die 'marxistische Mehrheit' (Göttinger, Stamokaps und andere Jusos) erbittert auf die Reformsozialisten eindrischt, und auf dem gleichen Bundeskongreß einigen zur Parteilinken zählenden und z. T. rechts von den Reformsozialisten angesiedelten Bundestagsabgeordneten stehend Ovationen zukommen läßt!

Exkurs: Die Haltung der Jusos aus dem Unterbezirk München

Die wohl auch im Göttinger Kreis organisierten Münchener Jusos haben auf dem Bundeskongreß 1978 in radikalem Gewande einen eigenen Ansatz vorgelegt, der sich bei näherem Hinsehen aber als Rückfall weit hinter die Positionen der Reformsozialisten und des Bezirks Hannover herausstellt.

Kurz entschlossen haben die Münchener "die bisherige Politik der Jungsozialisten und ihre theoretischen Begründungen in der Konzeption der Doppelstrategie und der antikapitalistischen Strukturreformen als ein notwendiges Durchgangsstadium in der Entwicklung radikal-demokratischen und tendenziell bereits sozialistischen Vorstellungen" bewertet, der allerdings "die gegenwärtige ökonomische Situation... die objektiven Grundlagen entzogen"(37) hat. Dabei ignorieren die Münchener die Theorietradition einer auf Strukturreformen gerichteten Politik, die in viel eher krisengeschüttelten Ländern mit einer starken Arbeiterbewegung (Italien, Frankreich) ausgearbeitet wurde. Als Alternative zu dem vermeintlich reformistischen Ansatz bieten die Münchener an: "Vielmehr müssen die Jungsozialisten am 'instrumentellen' Bewußtsein ansetzen, das zunächst am Erhalt der Arbeitsplätze, an erträglichen Arbeitsbedingungen und an möglichst hohem Einkommen interessiert ist"!(38) Denn: "Erst die massive Artikulation zunächst noch systemimmanenter Reformforderungen kann die Grundlage für einen Erfahrungs- und Lernprozeß abgeben, der die Überwindung des Systems selbst zum Gegenstand des politischen Handelns macht."(39) Damit haben die Münchener Jusos zwar Ansatzpunkte für praktische und zunächst zwangsläufig reformistische Politik benannt, aber aus ihrer Reformismuskritik keinerlei Konsequenzen gezogen und das Problem der Veränderung kapitalistischer Strukturen einfach ausgeblendet. Nicht nur Helmut Kuhne (Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen 1978) vermutet, daß durch diese und andere Konstruktionen der Münchener letztlich die mit der sozialistischen Theorie ausgestattete Kadergruppe zur Voraussetzung eines undefinierten Sturzes des Kapitalismus wird: "Dieses 'notwendig reformistische Bewußtsein' kann danach im Grunde nur überwunden werden wenn der wissenschaftliche Sozialismus als solcher 'gefressen' ist. Nur so sind ja auch die Schulungsvorstellungen der Münchener Genossen zu verstehen."(40)

Zunächst wollen die Münchener Jusos aber einmal einen Arbeiterflügel in der SPD aufbauen, dem sie allerdings unterstellen, daß er noch lange Zeit reformistisch bleiben wird - immerhin soll aber schon einmal eine „systemüberwindende Politik“ (1) angepeilt werden: "Es wird der Träger der Veränderung der bürgerlichen Produktionsweise und damit der Adressat sozialistischer Politik klar: die Arbeiterklasse. Auf die in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter muß sich systemüberwindende Politik also in erster Linie beziehen. Die Jungsozialisten haben demnach an der Herausbildung eines Arbeiterflügels innerhalb der Volkspartei SPD ihre vordringliche Aufgabe zu sehen. Funktion dieses Flügels muß es sein, die reformistischen Interessen der Lohnarbeiter vom Standpunkt des Arbeiters und nicht vom Standpunkt des Staates aus, in der SPD politisch zu artikulieren. Dieser Flügel kann auf absehbare Zeit kein marxistischer Flügel sein (Auch diese Vorstellung verweist noch auf sektiererische Position - als müßte den Arbeitern von den Marxisten, oder denen die sich dafür halten, das richtige Bewußtsein erst noch beigebracht werden), da sich die Herausbildung von Klassenbewußtsein erst in einem langen Prozeß der Auseinandersetzung mit dem Kapital entfalten kann."(41)

Auch hier fallen die Münchener hinter die Jusos aus dem Bezirk Hannover zurück, die sich immerhin ein fortschrittliches Bündnis von konsequenten Gewerkschaftlern und Marxisten vorstellen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Anspruch einer materialistischen Begründung und Fundierung von Reformpolitik und die geringe Hoffnung auf die Integration aller Sozialdemokraten in einen eurokommunistisch orientierten 'marxistischen' Flügel einer Vereinheitlichung bei den Jungsozialisten solange nicht im Weg stehen dürften, wie der Göttinger Kreis ausgeht von

- der Notwendigkeit einer Reformpolitik, die in Verbindung mit Übergangsforderungen geeignet ist, das kapitalistische System zugunsten der abhängig Beschäftigten zu verändern und es in diesem Prozeß auch durch ein Mindestmaß an Vergesellschaftung strukturell zu überwinden
- der Notwendigkeit der Verbindung von Basisarbeit und Arbeit in der SPD (Priorität der Basisarbeit) mit dem Ziel, in der SPD im Bündnis mit Gewerkschaftlern und der Parteilinken zunächst 'fortschrittliche', später 'marxistische' Positionen durchzusetzen.

Auf der Basis der bisherigen Analyse ist es verständlich, wenn im Bundesvorstand der Jungsozialisten eine zunehmende, auch grundsätzliche Kooperation zwischen Repräsentanten

des Göttinger und des Malenter Kreises zu verzeichnen ist und der Bundesvorsitzende Schröder aus Hannover zunehmend auch von den Reformsozialisten als 'ihr Mann' betrachtet wird.

3. Die Stamokaps

Die 'Stamokaps' aus Hamburg und Berlin konnten ihren Einfluß in anderen Bezirken erweitern und haben sich zum 'Hannoveraner Kreis' zusammengeschlossen. Sie nennen sich 'Juso-Linke' und haben einen umfassenden Antrag zum Bundeskongreß 1978 formuliert (Berlin). Mitte 1978 haben sie mit den 'Herforder Thesen' eine überarbeitete programmatische Erklärung abgegeben, die wohl das 'Hamburger Strategiepapier' von 1971 ablösen soll.

Als erste Neuheit fällt in den Herforder Thesen auf, daß sich die 'Stamokaps' neben anderen auf Rosa Luxemburg und den linkssozialistischen Flügel der französischen Sozialisten (CERES) beziehen - Dokumentation eines von der Idee der Basisdemokratie und der Selbstverwaltung geprägten Sozialismusverständnisses im Gegensatz zu dem Vertrauen in die Bürokratie? Die 'Stamokaps' haben zwar keineswegs konsequent mit alten Vorstellungen aufgeräumt, sich aber doch zu bemerkenswerten Formulierungen (Bekanntnis zu demokratischen Strukturen eines zukünftigen Sozialismus, klare Distanzierung von der DKP, Wille zu struktureller Reformpolitik mit dem Ziel der Selbstbestimmung) durchgerungen:

- "An dieser Stelle muß daher der Hinweis genügen, daß es für unsere Position nie einen Zweifel daran gegeben hat, den Kampf für den Sozialismus im Rahmen und auf dem Boden der geltenden demokratischen Verfassung zu organisieren, das heißt unter bewußter Anerkennung und Verteidigung der Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie, des Parteienpluralismus, der Gewerkschaftsautonomie, der politischen und gesellschaftlichen Grundrechte, und so weiter. Entsprechendes hat für die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse in einem künftigen sozialistischen System in der Bundesrepublik zu gelten."(42)
- "Der Prozeß der Entwicklung von Klassenbewußtsein kann sich aber nicht so vollziehen, daß die 'Wissenden' die Partei der Arbeiterklasse bilden, die dann als Organisation die bewußtlosen Massen von außen an leiten. Daher ist es falsch, organisatorisch eine Trennung zwischen 'Avantgarde' (politischer Vorhut) und 'Massen' vorzunehmen. Die undemokratischen Verhältnisse in den osteuropäischen Ländern sind keineswegs historisch zufällig, sondern hängen mit dem prinzipiellen Verständnis des Verhältnisses von Bewußtseinsentwicklung und Rolle der Partei zusammen: Gerade die Entwicklung in der SBZ und später in der DDR zeigt, daß all zu oft allein auf die 'Avantgarde' und die Macht der Roten Armee vertraut wurde, statt vor

allein auf die Erkenntnisfähigkeit und den demokratischen Veränderungswillen der 'Massen' zu setzen. Daher gilt: Wer in der DKP die Partei der Arbeiterklasse sieht, hat organisatorische Konsequenzen zu ziehen."(43)

- "Über die Forderung nach kurzfristig realisierbaren Reformen hinaus bleibt es daher die Aufgabe der Jungsozialisten, ihre grundsätzlichen antikapitalistischen Forderungen
-Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien
-Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen demokratischen Planung
- Einführung einer wirksamen Mitbestimmung und das Ziel der Selbstbestimmung der arbeitenden Bevölkerung über die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen weiter offensiv zu vertreten."(44)
- "Die Erreichung dieser Zielsetzung erfordert für die Jusos die Entwicklung einer Politik der antikapitalistischen Reformen. Dadurch soll einerseits die Lage der abhängig Beschäftigten verbessert werden, ohne daß die Verwirklichung dieser Reformen nur der Festigung des Kapitalismus dient. Diese Politik soll andererseits so angelegt sein, daß sich im Kampf für diese Reformen das Bewußtsein der abhängig Beschäftigten verändert und Zwischenziele erreicht werden, die den Übergang zum Sozialismus ermöglichen." (45)

Dabei führt der Weg zum Sozialismus über eine Demokratisierung des Staates, der nicht als Instrument übernommen werden kann: "Gerade weil die Rolle und der Aufgabenbereich des Staates immer wieder den veränderten Anforderungen der Kapitalentwicklung angepaßt wurden (wobei schon immer ein gewisses Eigengewicht der Staatstätigkeit zum Ausgleich gegensätzlicher Klasseninteressen bestand), kann die Arbeiterbewegung nicht erwarten, den kapitalistischen Staat, so wie sie ihn vorfindet, als Instrument der sozialen Emanzipation einsetzen zu können.... Für uns stellt es eine Voraussetzung dar, die Selbstverwaltung der öffentlichen Funktionen einzuleiten. Eine starke Dezentralisierung, die direkte Ausübung der Verantwortlichkeit durch die Bürger und die Kontrolle des Staatsapparates durch die Massen und ihre Organisationen sollen erlauben, den Widerspruch zwischen der Macht und der Erfüllung der Demokratie zu überwinden."(CERES) (46)

Diese Vorstellungen sind vollständig deckungsgleich mit den Auffassungen der Reformsozialisten und des Göttinger Kreises. Nur im Zusammenhang mit alten Auseinandersetzungen und im Widerspruch zum Kern der eigenen Positionsbestimmung steht im Berliner Antrag von 1978 die Formulierung: "Für eine Strategie der Jungsozialisten kann es heute keine Rückkehr mehr zu den illusorischen Vorstellungen von einem allmählichen Hinüberwachsen in den Sozialismus mittels systemüberwindender Reformen geben."(47) Wenn damit aber gesagt werden soll, daß an einem Punkt des Veränderungsprozesses ein

grundsätzlicher Bruch mit der Dominanz kapitalistischer Logik (Ver-gesellschaftungen) erforderlich ist, steht diese These auch nicht im Widerspruch zu der Haltung der anderen Juso-Fraktionen.

Die Konzentration der politischen Arbeit auf die Veränderung der SPD steht für die 'Stamokaps' außer Frage: "angesichts der bestehenden und weiterzuentwickelnden Voraussetzungen für die Verbreiterung und Stärkung einer offensiven antikapitalistischen sozialdemokratischen Linken wird die Umwandlung der SPD in eine mehrheitlich konsequent sozialistische Partei immer deutlicher zu einer aktuell notwendigen und zugleich prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe."(48)

Die Rolle der Jusos soll die des Organisators der marxistischen Kräfte sein: "Die Jungsozialisten verstehen sich nach wie vor als Motor für die politische und innerparteilich-organisatorische Zusammenfassung und Vereinheitlichung der marxistischen Kräfte in der SPD."(49)

Der Weg der Marxisten zur Parteimehrheit soll unter anderem dadurch eingeleitet werden, daß die Forderungen der Gewerkschaftstage in die SED hineinvermittelt und gegen die Regierungspolitik gestellt werden (50).

Die Kritik des Reformismus (verstanden als Beschränkung auf reine Modernisierungsreformen, Illusion der Neutralität des Staates) wird mit der Perspektive verbunden, zu einem Bündnis mit den sich radikalierenden Reformisten zu kommen: "Seit der Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterbewegung hat es in ihr verschiedene politische Strömun.-1-en gegeben, die auf unterschiedlichem Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse basieren. Wenn auch immer wieder bewußt prokapitalistische Kräfte in die Organisationen der Arbeiterklasse Eingang gefunden haben, müssen als Hauptströmungen doch eine klassenbewußte an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus ausgerichtete und eine reformistische Hauptströmung unterschieden werden."(51)

Für die weitere positive Entwicklung sind die Stärkung der marxistischen Position und die Radikalisierung reformistischer Tendenzen von entscheidender Bedeutung: Ausgangspunkt für eine Radikalisierung reformistischer Positionen und für den Übergang zu klassenbewußten Auffassungen ist im wesentlichen die weitere Entwicklung in den Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Hier wurden in jüngster Vergangenheit wiederholt programmatische Aussagen getroffen, die von der kurzfristigen Interessensituation der arbeitenden Menschen ausgehen und mittel- und längerfristige Ziele so angeben, daß ihre konkreten Auswirkungen deutlich und ihre unmittelbaren materiellen Vorteile bzw. demokratischen Verbesserungen einsichtig werden. Diese Ansätze werden vor denen nicht halt machen, die heute noch dem rechten Parteiflügel zugerechnet werden."(52)

Hier bleibt zwar wie bei den Münchener Jusos die Frage offen, was den Unterschied zwischen 'Klassenbewußtsein' und 'radikalem Reformismus' ausmacht und wie die radikalen Reformisten zu diesem Klassenbewußtsein gelangen können (Einflüsterung der marxistischen Kader?); der Wille zur konstruktiven Arbeit in einer breiten 'Parteilinken' unter Beibehaltung weitergehender Positionen scheint aber auch für die 'Stamokaps' außer Frage zu stehen.

Worin liegt nun aber noch der spezifische, die Fraktion definierende und sie gegenüber anderen Gruppen abgrenzende Ansatz der 'Stamokaps' aus dem Hannoveraner Kreis? Dazu lassen sich lediglich drei Anmerkungen machen (Bezugspunkt Herforder Thesen):

- auffällig ist die sehr kurze, dafür aber fehlerhafte, widersprüchliche und verwirrende, sich 'marxistisch' nennende 'Analyse' in den Herforder Thesen, in denen auf die Bundesrepublik bezogene Aussagen kaum zu finden sind. Theoretisch und empirisch unhaltbare Aussagen wie die der permanenten Ausweitung staatlicher Aktivitäten als Grundlage für den Erhalt der Profite der Monopole (S.17/18), der Transformation von staatlich produziertem in privaten Mehrwert (S.19), der Einteilbarkeit des Kapitalismus in eine Phase der Konkurrenz und eine der Monopole sowie in eine der extensiven und eine der intensiven Nutzung der Ressourcen (S.14/15) und der Funktion des Staates als wirklichem Gesamtkapitalisten (S.17) werden erneut vorgebracht. Im Gegensatz zu früheren Papieren wird aber 'parallel' dazu zugegeben, daß die Monopolisierung einhergeht mit zunehmender nationaler und internationaler Konkurrenz (S.14) und daß der Staat keineswegs mit den Monopolen verschmolzen, sondern mit relativer Selbständigkeit ausgestattet ist (S.18). Ausgegangen wird nach wie vor davon, daß sich die Schlüsselindustrien in der Bundesrepublik "in der Gewalt einer handvoll national und international organisierter Monopole" (S.23) befinden - ihnen wird zwar noch ein "systematischer Verwertungsvorteil" gegenüber "den nicht-monopolistischen" (S.15) Kapitalen eingeräumt, von einer 'Ausplünderung' dieser Unternehmer und des ganzen Volkes durch die 'hendvoll Monopole' ist aber nicht mehr die Rede. Allerdings ist dieser Verwertungsvorteil genauso schwer nachweisbar wie anzunehmen ist, daß sich die Großbetriebe dauerhaft dem tendenziellen Fall der Profitrate entziehen können (S.15). Bei der Krisenanalyse sind sich die Autoren der Herforder Thesen nicht sicher, ob es sich nun um die zweite allgemeine Überproduktionskrise (S.6), die erste zyklische Krise (S.13) oder das Ergebnis einer anhaltenden Überakkumulationstendenz (S.16) handelt. Problematisch ist jedenfalls die These der 'gespaltenen Konjunktur' nicht etwa zwischen den Branchen, sondern nach Unternehmensgröße, so daß die Großunternehmen sogar in der Krise 'wachsende Profite' erzielen - weil "das System der staatsmonopolistischen

Finanzierung und Regulierung der Produktion ein weit verzweigtes Netz der strukturellen Kapitalwertung darstellt" (S.17).

- Die Haltung der 'Stamokaps' zum 'realen Sozialismus' läßt ebenfalls Eindeutigkeit vermissen. So wird positiv erwähnt, daß die krisenfreien sozialistischen Länder die Funktion eines "weltweit wirkenden Gegengewichts" (S.20) besitzen, in deren Beurteilung neben politischer Kritik "Solidarität mit den Erfahrungen" und die "Anerkennung ihrer großen Aufbauerfolge" (S.21) eingehen sollen. Die Liquidierung der SPD und die Unterdrückung der Arbeiter in der DDR wird entschuldigend umschrieben mit "Vereinigung von SPD und KPD in der damaligen SBZ" und "Schwierigkeiten bei der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR" (S.37)
- das antimonopolistische Bündnis mit kleinen und mittleren Kapitalisten wird im Gegensatz zu früheren Thesen zwar relativiert. Wegen der wichtigen gesellschaftlichen Funktion dieser Unternehmer und zum Zwecke ihrer politischen Neutralisierung soll die Arbeiterbewegung aber versuchen, ihnen die Vorteile einer sozialistischen Organisation der Produktion zu verdeutlichen (S.31). Bei dieser Neubestimmung bleibt offen, wieweit die Arbeiterbewegung Konzessionen machen soll und wie diese Mittelklassen geködert werden sollen - etwa doch im antimonopolistischen Bündnis für eine demokratische Zwischenphase, in der sie dann wegen des Fehlens der Monopole besser ausmanövriert werden können?

Zusammenfassend kann man sagen, daß abgesehen von der (bei allen Jusogruppen noch defizitären Analyse des Kapitalismus im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen) schwachen Analyse und der unklaren Bestimmung des Verhältnisses zu den sozialistisch genannten Ländern sowie der Bündnispolitik die 'Stamokaps' ausgehen von

- dem Ziel eines demokratischen Sozialismus, der durch weit reichende Freiheitsrechte und eine Tendenz zur Selbstbestimmung gekennzeichnet ist
- der Notwendigkeit antikapitalistischer Reformen zur Erreichung von Zwischenzielen, die den Übergang zum Sozialismus ermöglichen und auch auf eine Demokratisierung des Staates zielen, der nicht als Instrument übernommen werden kann
- der SPD als eine konsequent sozialistisch zu orientierende Partei, wobei die Jungsozialisten als marxistischer Kern das Bündnis mit der sich radikalisierenden Arbeiterschaft in der Partei suchen und so mit fortschrittliche Mehrheiten herstellen sollen.

Angesichts dieser neuen Positionsbestimmungen ist es verständlich, daß politische Konflikte zwischen den 'Stamokaps' und anderen Jungsozialisten sich in der Regel auf analytische

Formulierungen, auf die Bedeutung der Monopole für die Politik, auf die Bewertung der sogenannten sozialistischen Länder und ihrer Repräsentanten sowie z.T. auf das Verhältnis zur DKP beziehen. Auch wenn hier weitere Klärungsprozesse nötig sind, müßte eine prinzipiell gemeinsam getragene Politik zur Veränderung der Bundesrepublik und der SPD zwischen allen Jusogruppen möglich sein.

III. Zusammenfassung: Kernpunkte einer Positionsbestimmung

Politisch sind heute alle Gruppen der Jungsozialisten daran interessiert, eine linkssozialistische Identität herauszubilden: die Reformsozialisten definieren sich als unabhängiger sozialistischer Teil der Parteilinken, die ehemaligen Antirevisionisten haben sich mehrheitlich vom Sozialistischen Büro abgesetzt und bei den Stamokaps ist ein klarer Trennungsstrich zur DKP gezogen worden. Damit verbunden haben die Reformsozialisten reformistische Hoffnungen auf die Überwindung des Kapitalismus ohne deutlichen Bruch ausschließlich durch eine linke staatliche Politik auf der Basis kapitalistischer Strukturen eindeutig aufgegeben und ein Mindestmaß an Vergesellschaftung für den Übergang zum Sozialismus eingesehen; die ehemaligen Antirevisionisten haben erklärt, sie seien keine Antirevisionisten mehr und würden statt der Betonung der Grenzen staatlicher Politik und der Unveränderbarkeit der SPD auf eine materialistische Reformpolitik und die fortschrittliche Veränderung der SPD orientieren; die Stamokaps haben ihre politischen Ziele und strategischen Ansätze dahingehend geklärt, daß sie an einem grundlegend demokratischen Sozialismus mit Selbstbestimmungsstrukturen interessiert sind und dieses Ziel mit Hilfe einer antikapitalistischen Reformpolitik über Zwischenziele erreichen wollen, wobei die sozialistische Veränderung der SPD eine Schlüsselrolle spielt. Auf der Basis dieser Prozesse, lassen sich als im Kern gemeinsame Problem- und Positionsbestimmung aller Jungsozialisten folgende Thesen formulieren:

- (1) Keine Gruppe bei den Jungsozialisten kann für sich beanspruchen, fundierte und haltbare Analysen der strukturellen und aktuellen Verfassung des Kapitalismus (Ökonomische Struktur und Entwicklung, Klassenanalyse und Veränderungen der Klassenstruktur, Rolle und Politik des Staates, Entwicklung der Produktionsstrukturen sowie Lage und Bewußtsein der arbeitenden Klasse) vorgelegt zu haben. Die sozialwissenschaftlich ausgebildete Intelligenz bei den Jungsozialisten sollte sich auf diese analytische Arbeit konzentrieren und nicht jährlich neue Fraktionskämpfe ohne rationalen Kern inszenieren.
- (2) Die bestehende Gesellschaftsordnung ist als kapitalistische Klassengesellschaft zu bezeichnen, die auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln beruht und durch einen strukturellen Interessengegensatz zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern gekennzeichnet ist: die Interessen der Arbeitnehmer an hohen Löhnen und humanen Arbeitsbedingungen sind für die Unternehmer zu minimierende Kostenfaktoren; die Produktion nach privater Profitlogik führt immer wieder zu Krisen, die dem Interesse der Abhängigen an gesicherten Arbeitsplätzen widersprechen.

- (3) Trotz der Herausbildung von großen und z. T. multinationalen Konzernen ist die nationale und internationale Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern nach wie vor die Bewegungsform von Einzelkapitalen, so daß die zentralen von Marx analysierten Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie keineswegs aufgehoben sind - z.B. setzen sich der tendenzielle Fall der Profitrate und die Krisenhaftigkeit der Ökonomie nach wie vor 'hinter dem Rücken' einzelner Kapitalisten durch.
- (4) Die Funktion des Staates besteht im Kapitalismus darin, die Funktionslogik des Systems und den sozialen Frieden unter Einbeziehung auch von Interessen der Arbeiterbewegung zu sichern - das bedeutet sowohl die strukturelle Dominanz kapitalistischer Interessen in der staatlichen Politik (allerdings stärker über die Notwendigkeit des Funktionierens der Wirtschaft als über personelle Einflußnahmen und Verflechtungen vermittelt) wie auch die Möglichkeit des Staates, bestimmte Regelungen gegen einzel- oder auch gesamtkapitalistische Interessen durchzusetzen (z.B. 8-Stunden-Tag).
- (5) Das Ziel eines demokratischen Sozialismus (Organisation der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens nach der Logik menschlicher Bedürfnisse und nicht nach der Logik des Profits) setzt sowohl die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel wie die Demokratisierung auch der staatlichen Institutionen und die Verbreiterung von Selbstbestimmungsstrukturen voraus. Ein Sozialismus verdient nur dann seinen Namen, wenn alle demokratischen und freiheitlichen Rechte bestehen.
- (6) Der Weg zu diesem sozialistischen Ziel ist zugleich die Durchsetzung des Prinzips der 'Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse' (Marx) und die Vorbereitung des Bruchs mit der Dominanz kapitalistischer Strukturen. Eine antikapitalistische Reformpolitik zielt auf die strukturelle Stärkung der Gegenmacht der abhängig Beschäftigten, deren Herausbildung Selbstbestimmungstendenzen fördert. Es ist davon auszugehen, daß der Sozialismus nicht durch die Aneinanderreihung vieler Reformen auf leisen Sohlen zu erreichen ist, sondern den bewußten Bruch mit der kapitalistischen Entwicklungslogik auf der Basis eines Minimums an Vergesellschaftung erfordert. Diese Phase des Bruchs und die Ökonomie in der Übergangssituation bleiben aber näher zu bestimmen - das 'Abenteuer Sozialismus' wird erst durchsetzbar, wenn zumindest in Umrissen Klarheit über die ökonomische Politik besteht und dieser Politik mehrheitlich ein besseres

Funktionieren als der kapitalistischen zugetraut wird. Auch in dieser Frage ist noch eine erhebliche theoretische Arbeit zu leisten.

- (7) Die Mitarbeit in der SPD ist eine prinzipielle Entscheidung für das Ziel, in der Partei im Bündnis mit der Parteilinken und konsequenten Gewerkschaftern sozialistische Positionen durchzusetzen. In diesem Bündnis sollen die Jungsozialisten eine eigenständige Kraft bleiben, die auch weitergehende Vorstellungen entwickeln kann. Die Parteiarbeit muß mit Basisarbeit zur Verankerung sozialistischer Positionen und zur Stabilisierung von Gegenmachtpositionen verbunden werden, ohne daß dieser Basisarbeit unmittelbare Auswirkungen auf die Orientierung der SPD zugesprochen werden.
- (8) Die sich sozialistisch nennenden Länder sind nicht als Vorbild, sondern als abschreckendes Beispiel für eine Form der bürokratischen Herrschaft über die arbeitende Klasse anzusehen, deren Erscheinungsbild einen Hemmschuh für die Entwicklung sozialistischen Bewußtseins in der Bundesrepublik darstellt. Die Jungsozialisten erklären ihre Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa.
- (9) Die DKP wird von den Jungsozialisten solange nicht als Bündnispartner verstanden, wie sie die undemokratischen Verhältnisse in Osteuropa, die dortigen Inhaftierungen und Ausbürgerungen von Sozialisten und die militärische Besetzung von 'Bruderländern' vorbehaltlos rechtfertigt und als Modell für die Bundesrepublik ausgibt. Das Bündnis mit einer undemokratischen Organisation würde die Glaubwürdigkeit der Jungsozialisten und deren Grundsatz der Verbindung von Demokratie und Sozialismus in der Bevölkerung unglaubwürdig machen. Diese Bestimmung bedeutet nicht, daß Jungsozialisten auf die offensive Vertretung ihrer Position verzichten, wenn die DKP in die gleiche Richtung arbeitet.
- (10) Die auf eine stärkere Demokratisierung der Gesellschaft orientierten Bürgerinitiativen und das Sozialistische Büro werden von den Jungsozialisten neben der Gewerkschaftsjugend und den Jungdemokraten als Bündnispartner betrachtet. Aber sowohl der sektiererische und relativ aussichtslose Versuch der Gründung einer neuen linkssozialistischen Partei (der insbesondere in Frankreich als gescheitert angesehen werden muß und auch in der deutschen Geschichte wenig erfolgreich war) wie die Formierung von

unterschiedlichen Umweltschutzparteien werden bedauert, weil sie nicht zu einer Stabilisierung der sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik führen.

- (11) Ansatzpunkte für die praktische Politik der Jungsozialisten liegen
- in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als Teil einer Arbeitslosigkeit, die kurzfristig eine alternative Wirtschaftspolitik und langfristig die Überwindung des Kapitalismus erfordert
 - der Unterstützung der gewerkschaftlichen Kämpfe z.B. für die Humanisierung der Arbeit, gegen die Folgen der Rationalisierung, für mehr Mitbestimmung und das Verbot der Aussperrung
 - der Forderung nach einer Verbesserung und Verbreiterung der beruflichen Bildung u. a. durch die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren mit Hilfe der Erhebung der Berufsbildungsabgabe
 - der Bekämpfung des Abbaus demokratischer Rechte, insbesondere der Berufsverbotepraxis auch in den von der CDU/CSU-regierten Bundesländern
 - der Abwehr der reaktionären Formierung des Bildungsbereichs (Festhalten an der Gesamtschule, Forderung der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, in das an die Stelle des Ordnungsrechtes das politische Mandat der Studentenschaft gehört)
 - der Verhinderung der Zerstörung der Umwelt (Stop des Baus und Stilllegung aller laufenden Atomkraftwerke Beseitigung von Umweltschäden auf Kosten der Verursacher - wobei die Kosten so anzusetzen sind, daß die Beseitigung der Schadensquellen billiger wird)
 - dem Einsatz für eine optimale kommunale Versorgung der Bevölkerung besonders in 'benachteiligten' Gebieten, vor allem für die Errichtung von Jugendzentren.

Diese Auflistung soll weder vollständig noch verbindlich sein, sondern nur am Ende vieler theoretischer Überlegungen die praktischen Erfordernisse und Möglichkeiten einer 'antikapitalistischen Reformpolitik' aufzeigen. Für die Fundierung praktischer Politik und die Formulierung von Alternativen ist allerdings noch ein erheblicher theoretischer und praktischer Arbeitsaufwand erforderlich.

ANMERKUNGEN

- 1) Karsten Voigt, Zur Strategie der systemüberwindenden Reformen, in: Bussiek, Politische Strategien, Frankfurt 1971, S. 91/92
- 2) JUSO, Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, Nr. 11/12, 1971, S. 23
- 3) eb. S. 25
- 4) Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, Beschlüsse des außerordentlichen Bundeskongresses 1971, These 26
- 5) eb. These 32
- 6) eb. These 34
- 7) eb. These 51
- 8) eb. These 34
- 9) Hamburger Strategiepapier (Jusos Hamburg) 1971, S- 1-3
- 10) Vorlage des Bundesvorstandes zum Strategiekongreß 1971, Kongreßbeschuß These 10
- 11) Kongreßbeschuß 1971, These 11/12
- 12) Korte/Nolle, Jungsozialisten Theorie Nr. 1 , S. 29
- 13) Conert/Schäfer, links 21/4/71, in: Jungsozialisten Theorie Nr. 1. s. 7
- 14) vergl. E. Einemann, Zur Kritik des Hamburger Strategiepapiers, Manuskript Bremen 1972
- 15) so in Juso 11/12, 1971, S. 13 und im Hamburger Strategiepapier 1971, S. 5
- 16) Eine gute Zusammenfassung lieferte Esser, Einführung in die materialistische Staatslehre, Frankfurt/New York 1975, S.89f
- 17) Hamburger Strategiepapier 1971, S.4
- 18) Änderungsantrag des Landesverbandes Hamburg auf dem Strategiekongreß 1971
- 19) Kongreßbeschuß 1971, These 3
- 20) eb. These 4
- 21) Initiativantrag Z 2 auf dem Bundeskongreß 1978 in Hofheim, s. 9
- 22) eb. S. 36/37
- 23) eb. S. 31/32
- 24) eb. S. 27/28
- 25) eb. S. 25/25a
- 26) eb. S. 35
- 27) Forum ds, Nr. 5 , S. 142
- 28) eb. S. 144
- 29) eb. S. 159, vergl. auch Sozialist Nr.2, April 1978, S. 2
- 30) eb. S. 153
- 31) Politische Thesen des Sovec-Vereins Göttingen, in: Strategiediskussion im Juso-Bezirk Hannover, S. 172
- 32) Antrag G 12 des Bezirks Hannover auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten 1971 in Hamburg, S. 14
- 33) Forum ds Nr. 5, S. 143
- 34) Politische Thesen ..., a. a. O., S. 170
- 35) eb. S. 174/75
- 36) eb. S. 173
- 37) Antrag A 2 des Unterbezirks München auf dem Bundeskongreß 1978, S. 111/12

- 38) eb. S. 19
- 39) eb. S. 16
- 40) Papier von Helmut Kuhne auf dem Bundeskongreß 1978, S.2
- 41) Antrag A 2 des UB München, a.a.O., S. 15/16
- 42) Detlev Albers im Vorwärts, in: Stamokap und Godesberg, Bonn 1977, S. 50
- 43) Kurt Neumann im Vorwärts, eb. S. 32
- 44) Antrag A 10 des Landesverbandes Berlin auf dem Bundeskongreß 1978, S. 12
- 145) eb. S. 11
- 46) Bezirk Ostwestfalen-Lippe der Jungsozialisten, Herforder Thesen, Berlin 1978, S. 27/28
- 47) Antrag A 10 des Landesverbandes Berlin, a.a.O., S. 17
- 48) Herforder Thesen, S. 52
- 49) Antrag A 10, S. 16
- 50) eb. S. 25
- 51) Herforder Thesen S. 47
- 52) eb. S. 51

Literaturliste zur Einführung

Hendrik Bussiek, Politische Strategien, Fischer Verlag

Lelio Basso, Zur Theorie des politischen Konflikts, edition Suhrkamp

André Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, EVA

André Gorz, Der schwierige Sozialismus, EVA

CERES, Strategien für den Sozialismus, VSA

Bundesvorstand der Jungsozialisten: Bundeskongreßbeschlüsse der Jungsozialisten in der SPD 1969

Literatur zur sozialdemokratischen Linken

Hartfrid Krause, USPD, EVA

Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Verlag Anton Hain
Politladen-Reprint

Joachim Raschke, Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hoffmann und Campe

Literatur zur sozialistischen Strategie in Westeuropa

Autorenkollektiv, Sozialisten, Kommunisten und der Staat, VSA

Barca u.a., Sozialismus für Italien, VSA

Santiago Carrillo, 'Eurokommunismus' und Staat, VSA

Egon Matzner, Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg,
rororo aktuell 4263